



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Susann Biedefeld** und **Fraktion (SPD)**

Konsequenzen aus dem Salmonellen-Skandal: Kontrolleure stärken, Kontrollen verbessern, Verbraucher schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) personell deutlich zu stärken, statt ihm bei gleichem Personal immer neue Aufgaben zuzuweisen, die Umstrukturierungen und Verlagerungen am LGL, die zu Lasten seiner Kontroll- und Funktionsfähigkeiten gehen, sofort zu stoppen und dem Landtag einen detaillierten Vorschlag vorzulegen, wie das LGL bei der Erfüllung seiner Aufgaben gestärkt und wie Probleme bei Kontrollen und dem Schutz der Verbraucher zukünftig vermieden werden können.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, die Anzahl der Amtsveterinäre an den staatlichen Landratsämtern stärker als bisher an dem Vorkommen von Großställen und industrieller Tierhaltung in den jeweiligen Landkreisen auszurichten, und dem Landtag einen detaillierten Vorschlag vorzulegen, wie die Kontrollen von Großställen und industrieller Tierhaltung wie z.B. Massenlegehennen-Haltung im Sinne des Verbraucherschutzes, aber auch des Tierwohls, verbessert, vermehrt und intensiviert werden können.

Begründung:

Nach Erkenntnissen der britischen, französischen, österreichischen und europäischen Lebensmittel- und Verbraucherschutzbehörden ging ein europaweiter Salmonellen-Ausbruch im Sommer 2014 offensichtlich von einem Betrieb in Niederbayern aus. Der Salmonellen-Typ *Salmonella Enteritidis* PT14b, an dem Hunderte Menschen in den genannten Ländern erkrankten und mindestens zwei Menschen starben, lässt sich dorthin zurückverfolgen. Auch in Bayern erkrankten 55 Menschen bis Oktober 2014 nach Angaben des Robert-Koch-Instituts (RKI) an dieser Variante der Salmonellose. Das sind 73 Prozent aller dem RKI in diesem Zusammenhang gemeldeten Fälle in Deutschland.

In Bayern gab es weder eine Warnung noch Rückrufaktionen oder andere öffentlich bekanntgewordene Maßnahmen der Staatsregierung bzw. des zuständigen Amtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL), obwohl bereits im Februar 2014 Proben in dem Betrieb genommen wurden, in denen sich dieser Salmonellen-Typ nachweisen ließ.

Vor dem Hintergrund, dass es seit der Jahrtausendwende in Bayern immer wieder zu schwerwiegenden Problemen und Kontrolldefiziten im Bereich der Lebensmittelsicherheit und Hygiene wie zum Beispiel beim Umgang mit BSE, dem Schweinemastskandal, dem Gammelfleisch- und Dönerskandal und dem Fall Müller-Brot kam, scheinen immer noch erhebliche strukturelle Probleme und ein relevantes Kontrollversagen vorhanden zu sein.

Das im Jahr 2002 als Konsequenz aus der BSE-Krise aus einer Behörden-Fusion hervorgegangene Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit hat immer neue Aufgaben und Verantwortungsbereiche zugewiesen bekommen, ohne dass entsprechend mehr Personal zur Verfügung gestellt wurde. Im Gegenteil: Auch die 2006 nach dem Gammelfleisch-Skandal gegründete „Spezialeinheit“ des LGL wurde aus vorhandenem Personal aufgebaut. Durch ständige Umstrukturierungen, die in der letzten Zeit noch verstärkt und durch Verlagerungen verschärft wurden, ist das LGL immer weniger in der Lage seine Aufgaben wahrzunehmen.

Parallel dazu haben sich die Anforderungen durch die zunehmende Industrialisierung der Tierhaltung, durch eine Zunahme von Großställen und die Globalisierung der Lebensmittelproduktion enorm verstärkt. Diesen Entwicklungen wurde nicht annähernd ausreichend Rechnung getragen. Ein Beispiel dafür ist, dass die Zahl der Amtsveterinäre an den Landratsämtern nie an die regionale Häufung von Großställen und industrieller Tierhaltung angepasst wurde.

Dazu kommt, dass bestimmte hochmoderne Analyseverfahren, die zum Beispiel in Großbritannien zur Routine gehören, in Bayern keine Anwendung finden.

Deswegen ist es unabdingbar, dass das LGL durch mehr Personal in seiner Funktionsfähigkeit deutlich gestärkt wird, und dass auf Umstrukturierungen und Verlagerungen verzichtet wird, die zu Lasten der Kontrollen und der Funktionsfähigkeit gehen. Außerdem müssen die Kontrollen von Großställen und industrieller Tierhaltung erheblich verstärkt werden, statt kleinere bäuerliche Betriebe durch überzogene Anforderungen und bürokratische Vorgehensweise zu behindern und in ihrer Existenz zu gefährden, wie dies aufgrund der falschen Schwerpunktsetzung häufig geschieht.